

# „Kurs halten, auch wenn es schwierig ist“

Martina Drexler,  
Journalistin

Interview mit Rasmus Andresen

*Rasmus Andresen kandidiert für DIE GRÜNEN bei der Wahl des Europäischen Parlaments 2019. Er ist Mitglied und Vizepräsident des Schleswig-Holsteinischen Landtags sowie Verwaltungs- und Kommunikationswissenschaftler. DIE GRÜNEN sind Mitglied der Fraktion Die Grünen / Europäische Freie Allianz (Grüne/EFA) im Europaparlament.*

## **Was hat Sie persönlich gereizt, Europapolitiker zu werden?**

Ich bin als Angehöriger der dänischen Minderheit in der deutsch-dänischen Grenzregion in Flensburg aufgewachsen und habe in Dänemark studiert. Diese Erfahrungen haben mein Leben entscheidend geprägt. Ich habe den Einfluss der unterschiedlichen Kulturen genossen und weiß daher, wie wichtig und gewinnbringend grenzüberschreitende europäische Zusammenarbeit ist. Leider erleben wir jetzt große Rückschritte in der dänischen Politik mit Passkontrollen und Wildschweinzaun. Das hat mich persönlich motiviert mich einzubringen, um solche Entwicklungen verhindern zu helfen und die europäische Zusammenarbeit zu stärken. Denn eins ist sicher: Die großen politischen Zukunftsthemen wie Klimawandel, Migration und die soziale Frage sind nicht mehr national zu lösen.

## **Gibt es für Sie persönlich einen Bezug zur Asylpolitik?**

Als 2015 viele Menschen in Europa Schutz suchten, habe ich in Flensburg Flüchtlingsinitiativen begleitet und auch einige Mal am Bahnhof in den Nächten bei der Betreuung der Flüchtlinge geholfen. Ich habe zwar schon vorher Abschiebungen in Kriegsgebiete falsch gefunden und trat für eine humanitäre Flüchtlingspolitik ein. Es ist aber etwas anderes, konkret zu erleben, was es für Flüchtlinge bedeutet, wenn zum Beispiel Schweden die Grenzen dicht macht und sie nicht zu Familienangehörigen kommen können.

## **Warum sollen Menschen, die sich in der Flüchtlingspolitik engagieren, gerade DIE GRÜNEN wählen?**

Ich glaube schon, dass wir die Partei der klaren Positionen für Menschenrechte und humanitäre Standards sind. Wir bieten eine klare Alternative zu Rechtspopulisten. Das zeigen wir auf unterschiedlichen Ebenen, zum Beispiel, indem wir uns für Seenotrettung einsetzen, und den Kurs halten, auch wenn es schwierig ist, da wir in den Parlamenten dafür keine Mehrheiten finden.

## **Wie stehen Sie zur Initiative „Seebrücke“?**

Das ist eine sehr gute Initiative. Die Idee, die dahinter steckt, heißt ja, wir dürfen weder die Menschen hängen lassen, die versuchen über das Mittelmeer zu fliehen, noch die betroffenen Regionen, die zu Aufnahmeorten werden. Wir unterstützen die Initiative, auch weil sie sich dafür einsetzt, dass auch Kommunen in Deutschland Verantwortung vor Ort für die Aufnahme von Flüchtlingen übernehmen sollen. Wir haben in Flensburg dafür gesorgt, dass sich die Ratsversammlung der Initiative anschließt. Kiel und Lübeck sind ja auch dabei. Das ist super.

## **Wie beurteilen Sie die EU-Mission „Sophia“, die sich in erster Linie gegen Schlepperbanden richtet und wie sollte sie künftig gestaltet werden?**

Wir Grünen sehen diese EU-Mission sehr kritisch. Es ist zwar richtig etwas gegen Schlepper zu unternehmen, aber uns fehlt ein EU-Mandat mit dem klaren Auftrag zur Seenotrettung. Man versucht Kriminalität zu verhindern, aber die Rechte der Menschen, die in Seenotrettung gera-



ten, spielen offenbar keine Rolle. Dass Deutschland das Mandat auslaufen lässt, sehen wir aber mit gemischten Gefühlen. Deutschland und die EU sollten sich stärker für die Seenotrettung engagieren und sie nicht allein Nichtregierungsorganisationen überlassen. Wir werfen SPD und CDU vor, dass sie sich zu dem Thema gar nicht verhalten oder bewusst in Kauf nehmen, dass dort Militär im Einsatz ist ohne der Verpflichtung nach Seenotrettung stärker nachzukommen.

### **Wie ist Ihre Haltung zur Dublin-Reform?**

Grundsätzlich wollen wir den Beschluss des Parlaments, einen europäischen Verteilungsschlüssel einzuführen, umgesetzt sehen. Der Schlüssel, der sich nach Kriterien wie Größe der Staaten und ökonomische Stärke richtet, soll dafür sorgen, dass die Verteilung fair verläuft. Gleichwohl sehen wir auch, dass es immer mehr Staaten gibt, die sich dem verweigern. Deshalb glauben wir, dass wir für die Zwischenzeit ein Modell brauchen, das die Staaten und die Kommunen, die gern vorangehen wollen, unterstützt, auch finanziell. So sollte mehr EU-Geld direkt an die Kommunen gehen.

### **Ein wichtiges Thema ist auch der Familiennachzug. Wie weit oder eng definieren Sie den Begriff der Familienangehörigen, die zu ihren Familien nach Deutschland nachziehen können sollten?**

Wir brauchen eine großzügige Ausgestaltung. Sie soll nicht nur die Kernfamilie, Kinder und Ehepartner umfassen, sondern

auch die Möglichkeit bieten, den Familiennachzug im Einzelfall auf weitere Angehörige auszudehnen. Zum Beispiel unbegleitete Minderjährige, deren Eltern gestorben sind und die vielleicht zu einem anderen Familienangehörigen eine enge Beziehung haben. Ich wehre mich dagegen, die Schicksale der Flüchtlinge in Raster zu packen, die in unsere Bewertungskriterien passen sollen. Wir müssen zwar ein Regelwerk haben, aber es sollte einen Spielraum einräumen, der die Biografien der Menschen stärker berücksichtigt.

### **Die Asylpolitik spaltet Europa. Wo sehen Sie Möglichkeiten, dem Vormarsch der Rechtspopulist\*innen in Europa entgegenzuwirken?**

Ich sehe in der Europawahl eine Chance, denn die Stimmung dreht sich meiner Ansicht nach. Der Vormarsch der Rechtspopulisten stagniert in Deutschland, in Dänemark geht er zurück. Es kommt Bewegung in die politische Landschaft, da auch neue Parteien im linken Spektrum entstehen. In den meisten Fragen im jetzigen europäischen Parlament haben wir derzeit noch eine Große Koalition zwischen konservativen Parteien und den Sozialdemokraten. Das wird nach der Wahl vielleicht nicht mehr so sein. Dadurch könnte der Einfluss der Liberalen und der Grünen steigen, was die Chancen bietet, bestimmte Themen anders zu setzen als dies jetzt der Fall ist. Durch Umfragen fühle ich mich bestätigt: Eine Mehrheit in Europa, in Deutschland und in Schleswig-Holstein sowieso will keine nationalistische Politik und keine Asylpolitik, die auf Abschottung setzt.

### **Die Frage war aber auch, was Sie als Europaabgeordneter anders machen wollen, um den Rechtspopulisten politisch zu begegnen.**

Der Umgang mit Rechtspopulisten ist hart, wie wir hier auch im Landeshaus sehen. Wir haben mit Vertretern aller demokratischen Parteien gute, auch persönliche Kontakte. Das aber ist mit Vertretern von Parteien, die die Demokratie abschaffen wollen, nicht möglich. Meine Partei und ich persönlich grenzen uns daher klar ab und wollen mit Rechtspopulisten weder politische noch persönliche Kontakte.

### **Europa steckt tief in der Krise. Wie sehen Sie die Zukunft Europas?**

Die EU hat dann eine gute Zukunft, wenn sie sich wieder auf ihre Werte besinnt als eine EU, die für Menschenrechte und Minderheiten einsteht, als eine europäische Union, die sich um soziale Themen und Klimaschutz kümmert. Unser politischer Gestaltungswille ist es, bei diesen Themen eine Mehrheit zu gewinnen in der EU und voranzukommen. Gelingt uns das, können wir auch die überzeugen, die noch nicht erkannt haben, wie wichtig die EU ist.

## **Rasmus Andresen**

... (33) wurde in Essen geboren, wuchs aber in Flensburg auf. Nach dem Abitur an einem dänischen Gymnasium und Ableistung seines Zivildienstes schloss er im dänischen Roskilde das Studium der Verwaltungs- und Kommunikationswissenschaften mit dem Bachelor ab. An der Fernuniversität in Hagen studierte er den Masterstudiengang „Governance“. Seit seinem 15. Lebensjahr engagiert sich Andresen bei den Grünen, für die er im Oktober 2009 das erste Mal als Abgeordneter in den Landtag zog. Bei der Kommunalwahl 2013 gewann der heutige Landtagsvizepräsident als erster Grüner in Flensburg ein Direktmandat. Seit 2012 ist der haushalts-, hochschul- und minderheitenpolitische Sprecher seiner Landtagsfraktion und auch ihr Vize.